Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

17.9.1926 (No. 215)

Visual Library

№ 215 Freitag, den 17. September 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Anfang Juni hat der „Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft", der sog. **Enquete-Ausschuß**, seine Arbeiten aufgenommen. Seine Aufgaben sind außerordentlich bedeutsam und ebenso schwierig, soll er doch streng objektiv in praktischer Forschung **die Grundlagen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft** feststellen, aus den gerade seit der Kriegs- und Nachkriegszeit so ungeheuer komplizierten Vorgängen und Wechselwirkungen auf wirtschaftlichem Gebiet **Tatbestände** herausschälen, deren Bild heute noch zum großen Teil im Streit der Meinungen schwankt, für die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen, die heute immer wieder von **Interessentenmeinungen** beherrscht und verwirrt werden, eine feste Plattform schaffen.

Nach dem Muster der englischen „Königlichen Kommission zur Untersuchung der Kohlenfrage", der Schicksalsfrage der englischen Wirtschaft, hat der Untersuchungsausschuß außerordentliche Vollmachten erhalten, wie sie noch kein derartiger Ausschuß in Deutschland besessen hat, er kann überall Erhebungen anstellen, Material einfordern und Vernehmungen unter Eid in die Wege leiten. Er besteht aus 35 Mitgliedern, 11 vom Reichstag, 9 vom Reichswirtschaftsrat, 9 von der Reichsregierung berufenen und 6 kooptierten Mitgliedern, und mußte sich zunächst über seinen **Arbeitsplan** schlüssig werden, d. h. die Gliederung des riesigen Arbeitsstoffes, um die einzelnen Probleme in besonderen Unterkommissionen gleich angreifen zu können und nicht in uferlose Unterhaltungen zu geraten. Es handelte sich zunächst also darum, Übersichten über die vorhandenen Materialien, vor allem statistischer Art, zu gewinnen, was nach der Öffentlichkeit nun gemachten Mitteilungen unter Inanspruchnahme öffentlicher und privater Stellen, wie der großen Verbände bereits in weitgehendem Umfang gelungen ist. Die Arbeiten in den sechs Unterausschüssen gliedern sich folgendermaßen: Landwirtschaft, Gewerbe (Industrie, Handel und Handwerk), Geld- und Kreditwesen, Finanzpolitik, Arbeitsprobleme u. alle Ausschüsse setzen sich aus Persönlichkeiten zusammen, deren Auswahl vor allem unter dem Gesichtspunkt ihrer Kenntnisse erfolgte. Eine größere Anzahl von Einzelfragen will man, soweit das ohne Gefahr für das Gesamtergebnis geschehen kann, ausscheiden und für Sonderuntersuchungen zurückstellen. Die **großen und generellen**, für unsere Gesamtwirtschaft ausschlaggebenden Probleme aber will man nach der vorbereitenden Arbeit der Unterausschüsse endgültig durch Zusammenarbeit klären, wobei es sich natürlich auch darum handeln wird, von Zeit zu Zeit die Ergebnisse zusammenzufassen und sie den Unterausschüssen, deren Arbeit ja immer **auf das Ganze** gerichtet sein muß, zur Verfügung zu stellen.

Der Enqueteausschuß wird die Ergebnisse seiner Arbeiten fortschreitend veröffentlichen und auch über wichtige Einzelheiten seiner Verhandlungen offiziell berichten. Es handelt sich nicht etwa um die Aufstellung theoretischer Formeln, sondern um streng objektive Darstellung der wirtschaftlichen Sachverhalte, deren Nachprüfung gerade durch die Mitarbeit öffentlicher **und** privater Stellen, auch gleichzeitig solcher von entgegengesetztem Interessenstandpunkt, geschieht. Kein Berufsverband hat einen bestimmten Anspruch auf Vertretung im Ausschuß, dessen Mitglieder lediglich nach ihren Kenntnissen und der von ihnen zu erwartenden Gewissenhaftigkeit, nicht etwa als Repräsentanten bestimmter Berufskreise ausgewählt sind. Der Vorsitzende, der Rechtsanwalt **C. Lammers** hat dieser Tage das Ziel der Arbeiten dahin gekennzeichnet, daß ihr Erfolg einerseits von der erkenntnismäßigen Durchdringung des Stoffes, anderseits von dem Geist abhängt, in dem die Mitarbeit beim Ausschuß geleistet wird. Dieser Geist könne nur der der **bewußten Verantwortung gegenüber dem ganzen deutschen Volke** sein.

*

Nach dem Reichsverband der deutschen Industrie hat auch der Zentralverband des **deutschen Großhandels** in **Düsseldorf** seine diesjährige Tagung abgehalten. Politisch bedeutsame Reden brachte diese Tagung, im Gegensatz zur Industrietagung, jedoch nicht. Dafür wurden eine Reihe wirtschaftspolitischer Forderungen aufgestellt, und die Berechtigung, Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit des deutschen Großhandels verfochten. Es konnte darauf hingewiesen werden, daß es nicht mit dem Produzieren allein getan sei, da unsere Wirtschaftsschwierigkeiten zum erheblichen Teil auf einer Absatzkrise beruhen, daß dies nach der Stabilisierung auch von den Großproduzenten erkannt wurde, wie es auch neuerdings auf der Dresdener Industrietagung zum Ausdruck gekommen ist.

Was die wirtschaftlichen Forderungen der Tagung anlangt, so wurde u. a. in bezug auf **Steuerreform und Finanzausgleich** verlangt, daß nicht nur eine Neuverteilung der Einnahmen unter den öffentlichen Körperschaften stattfinde, sondern daß auch eine gewisse Abgrenzung der Gesamtbelastung, deren Milderung, und eine gerechte Verteilung zustandekomme. Ein Zuschlagsrecht für Länder und Gemeinden wird nur als angängig bezeichnet, wenn die Gesamtsteuerbelastung dadurch nicht erhöht, sondern gemindert wird. Der Zwang zur Sparsamkeit werde nur durch die Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden hergestellt, dadurch daß jeder Gemeindevertreter die Aufbringung der Mittel an der eigenen Tasche spürt. Der Grundsatz, daß Steuern nur beschließen soll, wer selbst solche zahlt, erfordere auch die Heranziehung der reichseinkommensteuerfreien Einkommensteile für die von Ländern und Gemeinden festzusetzenden Zuschläge, ferner auch eine Verbindung der Gewerbesteuerzuschläge mit den Einkommensteuerzuschlägen. Das Verhältnis der Realsteuerbelastung zur Belastung durch Einkommen- und Körperschaftssteuer müßte einheitlich festgelegt werden.

Die **Städte**, die darauf hinweisen, daß mindestens 80 Prozent der gemeindlichen Ausgaben durch Reichs- und Inlandsgesetze und -Anordnungen festgelegt sind, wenden sich übrigens trotzdem gleichfalls gegen die Zwangsbewirtschaftung ihrer Einnahmen und verlangen dabei logischerweise auch verwaltungsrechtlich Wiederherstellung ihrer Eigenverantwortlichkeit. Der Finanzausgleich müsse außerdem einen organisch aufgebauten Lastenausgleich bringen, der die Leistungsfähigkeit der Gemeinden nach großen einheitlichen Gesichtspunkten berücksichtigt.

Eine andere Entschließung der Düsseldorfer Großhandelstagung wendet sich gegen das Eindringen der **öffentlichen Hand** in die Privatwirtschaft, da sie letzten Endes infolge schließlichen Versagens der Steuerquellen zur Unmöglichkeit führen müsse, die eigentlichen Aufgaben zu erfüllen und öffentliche Betriebe auch nur selten in der Lage seien, mit dem Ausland in Wettbewerb zu treten. Der Großhandel, der als kommerzieller Träger des Produktionsprozesses, als Warenverteiler und Warenverwalter für sich hochbedeutsame Aufgaben in der deutschen Wirtschaft in Anspruch nimmt, wendet sich weiter gegen seine Ausschaltung sowohl durch die Industrie, wie auch durch das Genossenschaftswesen. Hier wie dort seien freilich bereits Gegenwirkungen deutlich erkennbar, die sich in einer gewissen Müdigkeit bei den Einkaufsvereinigungen und bei der Neuschaffung derartiger Gebilde zeigen, wie auch die Industrietagung in Dresden die Berechtigung einer Arbeitsteilung zwischen Produktion und Großhandel ausgesprochen habe. In einem Vorwort zur Düsseldorfer Tagung führte der Geschäftsführer des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Dr. **Engel**-Berlin, aus, daß eben sowohl die Industrie wie der Einzelhandel den Großhandel nicht entbehren könnten, der auch im Außenhandel nicht zu ersetzen sei.

Die Frage der internationalen wirtschaftlichen Annäherung, die bis zur Forderung einer europäischen Zollunion geht, wurde als besonders wichtiger Punkt behandelt. Zur Gesundung der Wirtschaft Europas ist eine solche Annäherung mit dem Ziel der Schaffung eines großen europäischen Marktes anzustreben. Man wird hier freilich nur allmählich vorwärtskommen, und der Referent, der ehemalige österreichische Minister **Riedl** befürwortete zunächst die Schaffung eines internationalen Abkommens über die allgemeinen Bestimmungen für den Handelsverkehr, einheitliche Regelung des Fremdenrechts, der Bestimmungen des Verkehrswesens, grundsätzliche Beseitigung des Systems der Ein- und Ausfuhrverbote. Der zweite Schritt wäre Einschränkung der prohibitiven Zollpolitik der einzelnen Länder, durch Abschluß von **Kollektivverträgen**, die eine obere Grenze für die zulässige Höhe der Zollbelastung festsetzen. Eine wichtige Rolle bei der Entwicklung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hätten schließlich die internationalen Kartelle durch ihre Zusammenfassung der Produktion von Roh- und Halbfabrikaten. Hier liege eine auf bestimmte Warengruppen beschränkte Wirtschaftsgemeinschaft der europäischen Staaten im Bereich der Möglichkeit. Auch Reichswirtschaftsminister a. D. Neuhaus sprach auf der Tagung und befürwortete eine Angleichung der internationalen Zolltarifschemata.

*

Auch der **Deutsche Juristentag** in **Köln**, hat sich mit verschiedenen wichtigen Wirtschaftsfragen beschäftigt, darunter der Frage einer **Reform des Aktienrechts**. Man sprach sich nach einem Referat von Dr. **Solmssen**, Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft Berlin, gegen eine Annäherung an das amerikanische Recht aus, weil dadurch die klare Umgrenzung des Begriffs der Aktie, wie ihn das deutsche Handelsgesetzbuch gebe und seine in langer Entwicklung erprobten Bestimmungen zerstört würden. Verschiedene in dieser Richtung gehende Forderungen, welche dadurch die Heranziehung amerikanischen Kapitals erleichtern wollten, waren auf dem Juristentag in Heidelberg 1924 empfohlen worden. Seitdem aber habe sich die Kapitallage in Deutschland erheblich zum Besseren gewendet und in den zur Debatte stehenden amerikanischen Einrichtungen seien keine Fortschritte zu erblicken.

Der gleiche Referent verteidigte auch die **Mehrstimmrechtsaktien**. Ebenso lehnte der Redner weitere Anregungen, **die Verwaltung in stärkerem Umfang der Aufsicht der Aktionäre** zu unterstellen, ab, insbesondere die Schaffung von durch die Generalversammlungen zu bestellenden Kontrollinstanzen, da die Generalversammlungen mit ihrer Zufallzusammensetzung nicht imstande seien, der Tätigkeit der Geschäftsführung die Richtung zu geben, und dadurch eine konzentrierte Verwaltung behindert werde. Überhaupt wandte sich der Redner gegen eine Reform des Aktienrechts, da die Zeit hierfür noch nicht reif sei, Gesetzgebungswerke vom Range des deutschen Handelsgesetzbuches in Angriff zu nehmen. Eine Gewinnbeteiligung der Obligationsbesitzer mit einem beschränkten Dividendenanteil hielt der Referent, da unsere Verhältnisse auch bei festverzinslichen Anlagen die Gewährung von besonderen Gewinnchancen erfordern, für angebracht.

Der Juristentag schloß sich den Ausführungen Solmssens an und setzte lediglich einen Ausschuß ein, der die Probleme weiter untersuchen und „die zurzeit nicht notwendige Aktienreform für die Zukunft nachprüfen" soll. Der Ausgang der Beratungen über diesen Punkt findet bereits starken Widerspruch in der Öffentlichkeit. Dem Referenten, Dr. Solmssen, wird vorgeworfen, daß er lediglich als Direktor des interessierten Finanzkapitals, nicht als Jurist gesprochen habe, und daß die Stellungnahme der Tagung auf das Übergewicht der Bank- und Verwaltungsjuristen zurückzuführen sei. Ein Teil der Vorschläge auf Reform des Verwaltungsrechts ging auf recht bedenkliche Vorgänge in einzelnen Aktiengesellschaften zurück, die zeigten, daß das Mitbestimmungsrecht der Aktionäre durch die in Händen von kleinen Gruppen befindlichen mehrstimmigen Vorzugsaktien vielfach illusorisch geworden ist. Für die Minderheitsrechte der Aktionäre sprachen auf der Tagung Justizrat **Pinner** und Geheimrat Dr. **Heymann**-Berlin, die einzelne von Solmssen bekämpfte Vorschläge machten. Ersterer, der übrigens gleichfalls eine Umgestaltung des deutschen Aktienrechts nicht für notwendig hielt, hatte Kontrollinstanzen bei den Gerichten gegen die Ausnutzung von Mehrstimmrechtsaktien für eigennützige Zwecke verlangt, Dr. Heymann überhaupt ein Sondergesetz mit Einschränkung der Mehrstimmrechts- und Verwaltungsaktien.

* *

Pläne für neue Autostraßen. Zur Beratung der Ausführungspläne für neue Autostraßen von insgesamt 15 000 Kilometer Länge wird am 4. und 5. Oktober in **Wiesbaden** eine von der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau in Charlottenburg einberufene Hauptversammlung stattfinden. Der Bau dieser Straßen ist in zwei Abschnitten von insgesamt fünf bis sechs Jahren geplant, wobei vorhandene Wege verbreitert und mit neuer Decke versehen werden sollen. Zum Ausbau sind **folgende Strecken** vorgesehen: Wesel—Düsseldorf—Köln—**Frankfurt a. M.**—**Basel**; Frankfurt—Nürnberg—Passau—Wien; Aachen—Köln—Magdeburg—Berlin—Danzig—Königsberg; Luxemburg—Koblenz—Kassel—Kreiensen; Saarbrücken—Mainz — Frankfurt—Leipzig—Dresden—Breslau—Oppeln; Hamburg—Hannover—Erfurt—Nürnberg—**München**—**Brenner**; Stettin—Berlin—Leipzig—Nürnberg.

Politische Neuigkeiten

Die Reichseinnahmen im August

Auch der Monat August hat der Reichskasse, wie der Juli, **erheblich über dem Durchschnitt liegende Steuereinnahmen** gebracht. Insgesamt wurden 651.4 Millionen RM. vereinnahmt gegen allerdings sogar 708 Millionen im Juli, wobei aber zu beachten bleibt, daß dieser Monat Zahlungstermin für die Vierteljahrssteuer und wohl auch für einen erheblichen Teil der Jahresabschlußzahlungen war. Die Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer zeigen immer noch steigende Erträge. Die Zölle sind allerdings um fast 70 Millionen zurückgegangen, dies hängt aber mit der besonderen Einfuhrsteigerung zusammen, die der Juli wegen der damals bevorstehenden Zollerhöhung gebracht hatte. Im einzelnen weist die Übersicht über die Reichseinnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben im August (in Millionen Reichsmark) folgende Ergebnisse auf:

Die Lohnsteuer erbrachte 93.1 (Juli: 93.3) Mill., der Steuerabzug vom Kapitalertrag 3.3 (10.3), andere Einkommensteuer 122.2 (142.7), die Körperschaftssteuer 57.3 (65.5), Vermögensteuer 57.4 (7.1), die allgemeine Umsatzsteuer 62.0 (80.6), die Kapitalverkehrssteuern insgesamt 9.8, die Kraftfahrzeugsteuer 9.0 (16.1), Versicherungssteuer 3.5 (4.01), Rennwett- und Lotteriesteuer 6.4 (7.7), Wechselsteuer 2.7 (2.8), Beförderungssteuer 28.7 (25.4) Millionen. Der Gesamtertrag der **fortdauernden** Besitz- und Verkehrssteuern erreichte 459.7 (472.1) Millionen Mark. Die Obligationensteuer brachte 1.9 (4) Mill., die verpfändeten Zölle und Verbrauchsabgaben brachten 186.4 Mill., und zwar Zölle 64.8 (113), Tabaksteuer 52.8 (49.4), Zuckersteuer 27.9 (25.2), Biersteuer 26.2 (24.7), Branntweinmonopol 14.7 (14.7) Millionen.

Für die ersten **fünf Monate** beträgt die Gesamteinnahme 2814.7 Millionen, d. i. 43.53 v. H. der veranschlagten Jahressumme oder 120.8 Millionen mehr, als, unter der Voraussetzung gleichmäßiger Monatsraten in diesem Zeitraum hätten einzugehen brauchen. Irgendwelche Schlußfolgerungen auf die weitere Einnahmegestaltung lasse sich daraus natürlich nicht ziehen.

Vor dem Femeausschuß des preußischen Landtags

machte am Mittwoch der Kunstgewerbler **Schmidt**, der früher eine einflußreiche Rolle bei der Organisation Consul gespielt hat, als Zeuge in dem Fall des deutschnationalen Landtagsabgeordneten **Jahnke** sensationelle Aussagen. Schmidt hatte bereits vor der Polizei ausgesagt, er habe von einem Gewährsmann erfahren, daß der Landtagsabgeordnete Jahnke bei Besprechungen, in denen **Attentatspläne gegen Minister** besprochen wurden, dabei gewesen sei, hatte sich aber geweigert, diesen Gewährsmann zu nennen. Zur großen Überraschung nannte er jetzt den Namen des Gewährsmannes vor dem Ausschuß sofort. Es war der bekannte Urheber des Küstriner Putsches, der **Major Buchrucker**, der seit beinahe drei Jahren auf der Festung Gollnow seine Strafe wegen des Putsches verbüßt.

Nach Bekundungen des Zeugen Schmidt habe ihm Buchrucker bei einer sechs Stunden langen Unterredung, die er mit ihm in Gollnow gehabt hat, mitgeteilt, daß Jahnke im Herbst 1923 eine **Doppelrolle** insofern gespielt habe, als Jahnke einmal als Vertrauensmann der Reichswehr die Schwarze Reichswehr und die mit ihr zusammenhängende Femeorganisation **bespitzelt** habe, gleichzeitig aber auch Mitglied der Femeorganisation gewesen sei und diese darüber beraten habe, welches der beste Zeitpunkt zum Losschlagen für die Putschisten wäre. Anderseits ging aus Andeutungen des Zeugen hervor, daß Jahnke wahrscheinlich **der Reichsregierung dann den Tag des Losschlagens angegeben** hat. Tatsächlich konnte der Küstriner Putsch vereitelt und Buchrucker der Tat überführt werden. Bei den **Attentatsvorbereitungen**, an denen Jahnke teilgenommen haben soll, handelte es sich um Anschläge auf die Minister **Stresemann, Severing** und andere Minister, die **erschossen** werden sollten.

Eine Mehrheit des Ausschusses beschloß die Fortsetzung der Vernehmung des Schmidt, wobei eine nochmalige Vernehmung und Gegenüberstellung von Jahnke in Aussicht genommen ist.

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des **15. September** berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 8. September um 0,3 Proz. auf 127,4 **gestiegen**. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer der Agrarerzeugnisse um 0,5 Proz. auf 128,8 angezogen, während die Indexziffer der Industriestoffe um 0,2 Proz. auf 124,8 nachgegeben hat.

Die Aussprache zwischen Stresemann und Briand

WTB. Genf, 17. Sept. (Tel.) Wie der Sonderberichterstatter des WTB. erfährt, hat sich Reichsaußenminister Dr. Stresemann heute gegen Mittag zu einer Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand begeben, die an einem außerhalb Genfs gelegenen Orte stattfindet. Es handelt sich dabei um die seit mehreren Tagen in Aussicht genommene allgemeine politische Aussprache.

Der neugewählte Völkerbundsrat

hat am Donnerstag nachmittag seine erste Sitzung abgehalten. Die 14 Mitglieder treten nachmittags nach 5 Uhr zunächst zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen, mit der gleichzeitig die 42. Session des Völkerbundsrates eröffnet wurde. Auf Vorschlag von Reichsminister Dr. Stresemann behielt **Benesch** den Vorsitz des Völkerbundsrates. Stresemann hatte nach der alphabetischen Reihenfolge Anspruch auf die Übernahme des Vorsitzes. Mit einer Begründung, die er in englischer Sprache gab, trat Dr. Stresemann jedoch für die Wahl Beneschs ein, der deshalb der gegebene sei, weil er, abgesehen von seiner den neuen Mitgliedern zugute kommenden langjährigen Praxis, ohnehin Vorsitzender der in der gleichen Tagung des Völkerbundes abgeschlossenen 41. Ratssession war.

Die fünf ständigen Ratsstaaten waren in dieser ersten Sitzung nach Erweiterung des Völkerbundsrates vertreten durch Chamberlain, Briand, Scialoja, Ishii und Reichsminister Dr. Stresemann, die neun nichtständigen Ratsstaaten durch den chilenischen Botschafter in Rom, Villegas, den rumänischen Minister des Innern, Mitilineu, den polnischen Minister des Äußern, Zaleski, den holländischen Gesandten in Paris, Lourdon, den chinesischen Gesandten in Rom, Tschao-Hsin-Tschun, den kolumbischen Gesandten in Bern, Urrutia, den tschechoslowakischen Außenminister Benesch, den belgischen Senator de Broucère und den Pariser Gesandten von San Salvador, Guerrere.

An diese vertrauliche Sitzung, in der neben administrativen Fragen auch die durch Erweiterung des Völkerbundsrates notwendig gewordene Umbildung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses behandelt wird, schloß sich eine öffentliche Ratssitzung an.

Benesch eröffnete sie um 6 Uhr mit einer Ansprache, in der er u. a. auf die geschichtliche Bedeutung dieses Ereignisses hinwies und zunächst im Namen aller Ratsmitglieder das **Deutsche Reich** und seinen Vertreter Reichsminister Dr. **Stresemann** als ständiges Ratsmitglied herzlich begrüßte. Er fügte die Bemerkung hinzu, daß die Völkerbundsversammlung vor einigen Tagen einen neuen ständigen Ratssitz für das Deutsche Reich geschaffen hat, dessen Eintritt in den Völkerbund sie so warm begrüßte. Nach weiteren Worten der Begrüßung an die Vertreter der neuen nichtständigen Ratsstaaten erinnerte Benesch unter Hinweis auf die geschichtlich denkwürdige Sitzung des Einzuges Deutschlands in den Völkerbund an die Worte Briands, daß es im Völkerbund keine Parteien geben dürfe, um dann zu erklären, daß es die Pflicht des Völkerbundsrates sei, die großen Prinzipien des Völkerbundspaktes **im Geiste der Freundschaft, Herzlichkeit und Aufrichtigkeit** durchzuführen. Der Völkerbundsrat habe während seiner bisherigen Tätigkeit jederzeit versucht, etwa auftretende Schwierigkeiten zu überwinden und er habe dabei einen unbestreitbaren Erfolg gehabt.

Nach dieser Begrüßungsansprache trat der Völkerbundsrat in die Behandlung seiner Tagesordnung ein, die übrigens nur Punkte untergeordneter Bedeutung enthielt.

*

Aus Delegationskreisen ist, der „Frankf. Ztg." zufolge, die Anregung gekommen, eine der **nächsten Sitzungen** des Völkerbundsrats in **Berlin** abzuhalten. Ratssitzungen in Hauptstädten haben ja schon früher wiederholt stattgefunden. Es herrscht die Ansicht, daß einmal im Jahre eine Ratssitzung sehr wohl außerhalb von Genf stattfinden könne. Der Plan, den Rat auch einmal in Berlin tagen zu lassen, zeigt sich deshalb selbst vom Standpunkt des Völkerbundssekretariats durchaus nicht als undurchführbar.

Eine Erklärung Chamberlains

Chamberlain erklärte vor seiner Abreise nach Italien — er will von Genua aus eine Mittelmeerfahrt unternehmen — dem Genfer Sonderberichterstatter des Reuterbüros: Der Völkerbund kann zu dem Akt beglückwünscht werden, den er so gut wie einig als ein sehr schwieriges Problem gelöst hat. Dr. **Stresemann** hat mit Takt und Bescheidenheit, die er während der ganzen Zeit gezeigt hat, die Schwierigkeit gewürdigt in einer Körperschaft, in die er zum ersten Mal gekommen ist, und er hat die Sympathie und Achtung aller seiner Kollegen dadurch gewonnen, daß er Dr. Benesch als ein altes und erfahrenes Mitglied zur Übernahme des Vorsitzes vorschlug. Chamberlain schloß: Die Ära der Vorbereitungen ist vorbei. Der Vertrag und die Abkommen von London sind jetzt in Wirksamkeit, und Deutschland und die ihm gegenüberstehenden Mächte sehnen sich, mit einer gemeinsamen Aufgabe, gemeinsamen Hoffnungen und einer gemeinsamen Entschlossenheit nach bestem Vermögen zur Förderung des so glücklich begonnenen Werkes der **Wiederversöhnung** beizutragen.

Stresemann über Genf

WTB. Genf, 17. Sept

Auf einer geselligen Veranstaltung, die vom Reichspressechef gestern abend am Sitze der Deutschen Delegation gegeben wurde, sprach Reichsminister des Äußern, Dr. **Stresemann** vor den Delegationsmitglieder und den Vertretern der deutschen Presse. Der Redner nahm zu den verschiedenen Anschauungen bezüglich der gegenwärtigen Genfer Tagung in großangelegten politischen Ausführungen von grundsätzlicher Bedeutung Stellung.

Ich habe, so führte der Minister u. a. aus, das Recht, subjektiv zu sein. Eine reine Objektivität in politischen Dingen gibt es nicht. Der Mensch, der sich immer und unter allen Umständen um eine reine Objektivität bemüht, ist kein Kerl im deutschen Sinne. Ich empfinde tiefe Genugtuung über die Stellung, die sich Deutschland in der Welt wieder erobert hat. Es war nicht mein eigener Wunsch; aber durch die Entwicklung der Dinge war ich dazu berufen, an die Spitze des Reiches zu treten zu einem Zeitpunkt, wo wir alle Kräfte darauf richten mußten, auch nur zum Versailler Vertrag zurückzukommen, während unsere Gegner glaubten, weit über dessen Bestimmungen hinausgehend, uns zum Opfer ihrer Gelüste machen zu können. Damals wäre als Narr bezeichnet worden, wer vorher gesagt hätte, daß Deutschland heute mit solchem Jubel begrüßt, als gleichberechtigte Großmacht in den Völkerbund einziehen würde. Ich habe heute die Empfindung, daß dieser Vorrang **ein Aufgeben des Geistes von Versailles** bedeutet.

Wir haben 1919 um Aufnahme in den Völkerbund gebeten — — man hat sie uns verweigert. Dann kam **Macdonald**, der von dem leeren Stuhl sprach, der besetzt werden müßte. Wir folgten dieser Einladung nicht. Wir sind **nicht bedingungslos** in den Völkerbund eingetreten. In Locarno sprachen wir es aus, daß unser Eintritt in den Völkerbund **niemals die Anerkennung moralischen Unrechts** von deutscher Seite bedeuten könne. Wir haben uns dagegen verwahrt, daß wir unfähig seien, an der **kolonialen Arbeit** der Weltvölker teil zu haben. Wir haben als **selbstverständlich** darauf bestanden, daß, solange ein Unterschied im Rate zwischen Großmächten und anderen Mächten besteht, Deutschland nicht anders als im Rahmen dieser **Großmächte** in diesen Rat eintreten könne. Und schließlich hat auch der Austritt zweier großer Nationen den Völkerbund nicht daran gehindert, anzuerkennen, daß der Eintritt Deutschlands **wichtiger** ist als jegliches Opfer. Wir wollen doch das eine hier feststellen: Es gibt **keine ausdrucksvollere Zurücknahme der moralischen Anschuldigung** als die Aufnahme Deutschlands, so wie sie sich am Freitag, begrüßt von den Nationen der Welt, vollzogen hat.

Indessen: Die Größe der deutschen Wiederaufrichtung wird draußen in der Welt mehr anerkannt als in unserem eigenen Volke. Jedes andere Volk hätte die Wärme dieses Sonnenstrahles empfunden. Ob das bei uns in zureichendem Maße der Fall ist, daran kommen mir berechtigte Zweifel, wenn ich sehe, wie die dereinst kühl und kritisch den Dingen gegenüberstehenden Deutschen heute so sehr zu Extremen neigen und das Verständnis dafür vermissen lassen, wie verschieden das gleiche Ergebnis von darußen und von drinnen angesehen wird.

Für unsere Haltung ist entscheidend, daß die künftige Geschichtsschreibung nicht die Frage des Unterliegens voranstellen wird, sondern die Frage, wie es überhaupt möglich war, daß Deutschland die Kraft aufgebracht hat, so lange einer Welt von Feinden zu widerstehen. Ich erinnere an das Wort, das ein Argentinier kurz nach dem Kriege öffentlich aussprach: „Das Haupt umwunden von Lorbeer, ist Deutschland im Kampfe gegen eine Welt von Feinden unterlegen; aber der Ruhm seiner Taten wird durch die Jahrhunderte leuchten!"

Für uns war die große Frage, ob wir wieder in der Welt **moralische Genugtuung** erhalten würden. Diese ist uns in Genf zuteil geworden. Man kann naturgemäß nicht verlangen, daß all die realen Dinge, die durch den verlorenen Krieg

---

Badisches Landestheater

Die Zauberflöte

Mozarts letztes Werk — neu einstudiert! Auch vollkommen neu inszeniert und zugleich als Eröffnungsvorstellung unter einem soeben zum ersten Kapellmeister ernannten Dirigenten. Da schwirren allerlei Gedanken durch den Kopf, doch bevor man sie ordnet und die einzelnen Eindrücke mit kritischer Vorsicht würdigt, bleibt zunächst als erfreuliches Endergebnis ein voller Erfolg zu konstatieren, ein weiterer Triumph jener feinen interpretatorischen Spezialität, die wir seit F. Wagners Spieloper-Einstudierungen auch hier wieder zu würdigen verstanden, und somit ein Gesamtresultat, das jedenfalls schon heute die künftige Entwicklung der Spielzeit besser und zwar durchaus günstig beurteilen läßt.

*

Sprechen wir zunächst kurz von der **„Zauberflöte"** selbst, die wie ein reifes Alterswerk anmutet und doch ein ewiges Wunder bleibt, weil sie von einem nur — Sechsunddreißigjährigen stammt. Man hat sie wiederholt mit der Altersweisheit der letzten Quartette Beethovens verglichen, ja man hat darin sogar die synthetisch-lebensbejahende Weltanschauung des zweiten Faust empfunden, nicht einmal historisch so ganz mit Unrecht, nachdem Goethe, der schon im Don Giovanni in hohem Grad das Ideal der hellenischen Chortragödie wiederentdeckte, einen zweiten Teil gerade dazu schreiben wollte, eine Aussicht, die freilich durch **Mozarts** jähen Tod vereitelt wurde. Aber warum ward eigentlich der hilflose Text des frechen Schikaneder zu einem so isolierten Ausnahmewerk? Nur weil Mozart aus gewissem Übermut und in bedrängter finanzieller Lage sich zur Vertonung herbeiließ, an dem anfänglich leichtsinnig übernommenen Auftrag aber viel Gefallen fand, zumal ihm darin dank der geheimnisvollen, jedoch sehr berechneten Symbolik von Nacht und Licht Gelegenheit zu einer willkommenen Propaganda für seinen Orden, für seine Freimaurersehnsucht gegeben war. Wohl kann man noch heute Schikaneders Buch albern, unwahrscheinlich frivol, unappetitlich schelten, doch zu leugnen ist nicht, daß hinter aller auf platter Publikumswirkung beruhenden Spekulation ein tiefmenschlicher Kern steckt, eben jener Gedanke der Brüderlichkeit, der Mozart zusehends begeisterte und ihm so unsterbliche Melodien entlockte, daß deren Erhobenheit noch jetzt anweilen neben den drastischen Späßen der ursprünglichen Zauberposse grotesk anmutet.

*

Aber das ist auch das schwierige Problem jeder Zauberflöten-Erneuerung. Wie bewältigt sie die doppelte Perspektive, unter der das übrigens 24 Tage nach der Titupremière fertiggestellte Werk entweder als Opera buffa oder als Opera seria angesehen werden kann? Ist es überhaupt möglich, eine Aufführung auf eine einheitliche Formel zu bringen? Gibt es einen Stil, der die eminent musikdramatischen und derbkomischen Elemente des Stoffes, der zum Teil von Schikaneder frei erfunden wurde, teils auch aus dem Zauberflötenmärchen im Wielands Dschinnistan stammt, zu fester Haltung einigt? Ich glaube, es existiert ein solcher, zumindest seit Possarts berühmt gewordener Inszenierung, die wiederum Ausgangspunkt für neuere und neueste Lösungsversuche wurde. Davon wäre noch insbesondere Hagemanns, erstmals die spezifisch ägyptische Landschaft ausscheidende Ausstattung zu erwähnen, aber auch andere Bühnen könnten geradesogut genannt werden; denn merkwürdigerweise lassen sich Glanzleistungen moderner Opernkunst ohne weiteres an diesem problematischsten Objekt der Inszenierung aufzählen.

*

Auch unsre Oper fühlte sich wieder einmal verpflichtet, die Zauberflöte vollkommen neu auszustatten; doch konnte ich — prinzipiell — kaum finden, daß die Bühnenbilder **Ludwig Sieverts**, des Frankfurter Gastmalers, der über Baden-Baden nun auch hier allmählich eindringt, die Dekorationen Emil Burkards wirklich in den Schatten stellten. Gewiß, ihm standen reichere Mittel zur Verfügung, aber origineller ist nichts geworden, vielfach dagegen farbenprächtiger und sehenswürdiger und insofern auch stimmungsfördernder, als die Wucht des Barock, die dem Original anhaftet, wieder vernehmlicher nachklingt. So ist die Stilabsicht der Neugestaltung im ganzen unbedingt anzuerkennen, obwohl sie Mozarts wunderbarem Märchen und ewigem Mythos durch interessantes Kunstgewerbe sowie ornamentale Koloristik dann und wann einige Gewalt antut und geistreiche Aufgeklärtheit des 20. Jahrhunderts keineswegs meidet. Wo allerdings dem Bühnenbildner der Raumkünstler wie in der Tempelvorhalle z. B. ebenbürtig sein sollte, schien mir Sieverts Können noch nicht ganz souverän.

Im wohltuenden Gegensatz zur sensationellen Überraschung, die eine solch pompöse szenische Umrahmung hier bereiten mußte, stand **Josef Krips'** musikalische Einführung. War noch bei der Ouvertüre von einiger Übertreibung zu reden, insoweit einige sforzatis, auf die er sich anscheinend kapriziert hatte, etwas verstimmten, so erfreuten umsomehr die musikalische Behutsamkeit und rhythmische Feinnervigkeit, womit das übrige angefaßt wurde, sobald die Stimmen der Sänger hinzutraten. Da herrschte kammermusikalische Delikatesse vor, manches konnte überhaupt nicht mozartischer herauskommen. Auf jeden Fall stellte diese pietätvolle Leistung dem jungen Dirigenten ein denkbar günstiges Zeugnis aus, ganz abgesehen davon, daß er den Apparat in unerbittlich fester Hand hielt. Der neue Kapellmeister wurde entsprechend lebhaft begrüßt und gefeiert.

In den Einzelleistungen überwog auch Gelungenes das Mindergelungene. In Hauptrollen waren so wertvolle Stimmen wie die von **Robert Butz** (Tamino) und **Malie Fanz** (Pamina) zu hören; erlesenen Genuß bereitete auch **Mary v. Ernst's** Königin der Nacht. Den leichtfertigen Schelmen Papageno interpretierte **R. Weyrauch** ganz vorzüglich, graziös spielte **Else Blank** ihre Papagena. Sehr würdig verkörperte **Franz Schuster** den Sprecher, gesanglich auf nicht ganz gleicher Höhe stand **Dr. H. Wucherpfennig** (Sarastro). Allen andern — darunter einigen neuverpflichteten, erstmals auftretenden Kräften — gebührt ein Gesamtlob, nicht zuletzt auch dem Chor und dem Orchester. Und besonders ist noch der geschickten Spielleitung durch **Otto Krauß** zu gedenken, der neben dem stellenweisen burlesken und parodistischen Charakter des Werkes offenbar sorgfältigst auch den ernsten Teil betonen wollte und eindringliche Wirkung erzielte. Wie immer vervollständigten die Kostüme **Marg. Schellenbergs** das prunkvolle Ausstattungsbild durch farblichen Geschmack aufs glücklichste. — Das Entzücken des vollbesetzten Hauses äußerte sich in wiederholt lebhaftem und am Schluß langanhaltendem Beifall.

H. Sch.

Die Berliner Akademie der Dichtkunst. Wie der Präsident der preußischen Akademie der Künste, Max **Liebermann**, mitteilt, wird die erste Sitzung der neugegründeten Sektion der Akademie für Dichtkunst im Oktober stattfinden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zur Tatsache geworden sind, mit einem Schlage ihre Bedeutung verlieren. Ich kann es nicht verstehen, wie die Leute, die sich auf den größten deutschen Staatsmann berufen, sein Wesen so verleugnen können, daß sie heute von seiner Auffassung der **Realitäten** so wenig verspüren lassen. Wir sind **machtlos, von waffenstarrenden Nachbarn umgeben,** nicht mehr im Sonnenglanze deutscher Weltgeltung, und wir müssen versuchen, schrittweise das zurückzubringen, was wir verloren haben.

Der Minister erörterte dann die Tagesereignisse und sagte, daß man nicht erwarten könne, daß die früheren Feinde auf die Früchte ihres Sieges verzichten und auf Deutschlands Forderungen eine Entsagung üben sollten, die wir im gleichen Falle ebensowenig geübt haben würden. Aber die moralischen Erfolge sind die Gewähr für eine **weitere Entwicklung.** „Hätte etwa Bismarck — so fragte Dr. Stresemann — 1877 eine versöhnlichere Rede an die Adresse Frankreichs halten können, wie Briand an diejenige Deutschlands?". Er stellte dabei eine vielverbreitete Redewendung richtig, die ihm unterstellt werde. „Ich habe niemals gesagt: Es gibt keine Sieger und keine Besiegten, aber das habe ich gesagt: Es gibt **unglücklich Besiegte, aber keine glücklichen Sieger!** Und das ist auch die Signatur dieser Tage. Man versteht endlich, daß man den **falschen Weg** gegangen ist. Ich habe die feste Überzeugung, daß er diese **Emp**findungen wirklich und aufrichtig hegt. Nicht das ist das Entscheidende, daß er sie gehalten hat, sondern, daß er sie halten konnte, ohne von dem französischen Volke desavouiert zu werden."

Eingehend auf die heutige **Ratswahl** untersuchte der Minister weiter die tatsächliche Einstellung der verschiedenen neugewählten Ratsmächte zu Deutschland, um zu dem Schlusse zu kommen: man kann diese Staaten nicht in ein starres System einrangieren, und um dann auf Grund eines soeben von dem früheren Reichskanzler Dr. Luther aus Columbia eingetroffenen Funkspruches und dessen Äußerungen größten Stolzes auf sein Deutschtum angesichts der geradezu begeisterten Kundgebungen, die ihm und Deutschland dort zuteil geworden sind, den Schlußgedanken zu entwickeln, daß das Do ut des-**Prinzip** die Grundlage jeder Verständigung sei und sein muß. Dabei haben finanzielle Leistungen grundsätzlich hinter dem Gedanken zurückzutreten, daß die **politischen Fragen das oberste Ziel unseres Strebens** sein müssen. Dabei kommt es auch nicht auf Tageserfolge wie etwa eine kleine Verminderung der Besatzungstruppen an, sondern auf **die vollständige Vereinigung** der zwischen uns und unseren ehemaligen Gegnern schwebenden Punkte — eine Frage, die durch die vollkommen veränderte geistige Atmosphäre ihrer Erledigung entgegenreift.

Kein Kuhhandel um die Räumung

Die Stresemann nahestehende „Tägliche Rundschau" bemerkt zu den Blättermeldungen aus Genf über den Plan, eine Verminderung der **Besatzung** oder eine Abkürzung der Besetzungsfristen durch **finanzielle deutsche Leistungen** zu erkaufen, Deutschland habe durch den Abschluß des Dawesabkommens und ferner durch seinen Eintritt in den Völkerbund und durch die Locarno-Verträge die Voraussetzungen erfüllt, die in Artikel 431 des Versailler Vertrages als Vorbedingung für eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes aufgezählt sind. Deutschland habe also auf diese Räumung jetzt einen **vollbegründeten Rechtsanspruch** und es habe daher keine Veranlassung, durch Handelsgeschäfte etwas zu erkaufen, was ihm von Rechts wegen zustehe.

Der deutsch-russische Gefangenen-Austausch

Am 16. September haben die Reichsdeutschen Eck, Cornehlsen, Ehepaar Schmitz, Fräulein Auch, **Wolscht, Kindermann** und Ehepaar Vogeley, denen noch in diesem Monat die Reichsangehörigen Scholl und Lorenz folgen werden, das Gebiet der U. d. S. S. R. verlassen. Ihre Ausweisung ist das Ergebnis von diplomatischen Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der U. d. S. S. R., die durch Gnadenakte im Wege der Strafaussetzung oder der Einstellung des Verfahrens zugunsten von beiderseitigen politischen Gefangenen dem freundschaftlichen Geiste des am 24. April d. J. geschlossenen Vertrages Ausdruck geben wollte. Am gleichen Tage haben die Sowjetstaatsangehörigen **Skoblewski, Lossin** und **Ozol** das deutsche Reichsgebiet verlassen.

Zur Reise König Alexanders nach Paris. Die Londoner „Times" berichtet aus **Belgrad,** in gewissen Kreisen sei man der Ansicht, daß zwischen der Reise des Königs Alexander und der des Ministers des Äußern, Nintschitsch, nach Paris bald nach der Tagung des Völkerbundsrates Zusammenhänge bestehen. Sie sprächen von der Möglichkeit der Unterzeichnung eines **französisch-jugoslavischen Freundschaftspaktes.**

Kurze Nachrichten

Im Tarifstreit im Hamburger Hafenbetrieb wurde nach über 14 Tagen dauernden Verhandlungen vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses ein **Schiedsspruch** gefällt, nach welchem das bisherige Lohnabkommen und die Tarifverträge unter Abänderung verschiedener besonderer Bestimmungen verlängert werden. Die Parteien haben bis zum nächsten Dienstag zu erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen.

80 Waggons Kohlen verschoben. Ein Abteilungsleiter des Gaswerkes Schott & Gen. in Jena, hat, wie jetzt ermittelt worden ist, mindestens 80 Eisenbahnwaggons Kohlen, die für das Werk bestimmt waren, an einen Jenaer Kohlenhändler verschoben. Der Betrüger und der Hehler wurden in Haft genommen.

Das ehemalige deutsche Schwimmdock wird in Rosyth abgebrochen. Wie gemeldet wird, ist das ehemals deutsche 10 000-Tonnen-Schwimdock, das seinerzeit an England abgeliefert werden mußte, nach **Rosyth** unterwegs, wo es **abgebrochen** werden soll. Infolge von Maschinendefekten ist es niemals in Benutzung genommen worden.

Ein Finanzabkommen zwischen Danzig und Polen. Ein Telegramm der Danziger Delegation in Genf meldet soeben, daß ein Abkommen mit Polen über den vorläufigen Zollverteilungsschlüssel zustandegekommen sei, das in Genf unterzeichnet werden soll, sobald die polnische Delegation die telegraphisch in Warschau beantragte Zustimmung ihrer Regierung erhalten habe.

Kein neues Attentat auf Mussolini. Gegenüber in Genf umlaufenden Gerüchten über ein angebliches und gelungenes Revolverattentat auf Mussolini, wurde der Vertreter des WTB. in Genf von der italienischen Delegation zu der Mitteilung ermächtigt, daß sie dieses Gerücht amtlich als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet bekommen habe.

Indianerkämpfe in Mexiko. Eines der Infanteriebataillone die nach dem mexikanischen Staate Sonora entsandt worden waren, wurden von Indianern, die in einem Hinterhalt lagen, zum Teil aufgerieben. Die Überlebenden flüchteten in voller Unordnung.

Badischer Teil

Die Manöver der Reichswehr

Heute Freitag beginnen **zwischen Main und Tauber** die großen Manöver der fünften und siebenten Division der Reichswehr. Sie werden am 17. und 18. und am 20. und 21. September durchlaufen, während der 19. September als Ruhetag vorgesehen ist. Die Manöver werden vom Oberbefehlshaber des Truppenkommandos II, General der Infanterie **Reinhardt,** geleitet. Oberschiedsrichter ist der Kommandeur der 6. Division, Generalleutnant Frhr. v. **Ledebour.** Die 5. Division (rot) führt Generalleutnant **Hasse,** die 7. (blau) Generalleutnant **Kreß v. Kressenstein.** Heute abend werden Reichspräsident v. **Hindenburg,** Reichswehrminister **Geßler** und der Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. **Seeckt,** in **Mergentheim** eintreffen. Der Reichspräsident und der Wehrminister werden bis zum 19., der Chef der Heeresleitung bis zum Schluß den Manövern beiwohnen. Die Stadt Mergentheim gibt dem Reichspräsidenten heute ein Essen.

Vom Ausland nehmen — wie die „Frankf. Ztg." meldet — auf ihren Wunsch unter Führung deutscher Begleitoffiziere an den Manövern teil die bei der Reichsregierung beglaubigten Militärattachés Schwedens, Rußlands, der Vereinigten Staaten und Perus, ferner Vertreter der schweizerischen, holländischen, norwegischen, finländischen ungarischen und der bulgarischn Armee.

*

WTB. **Berlin,** 17. Sept. (Tel.) Reichspräsident von **Hindenburg** hat sich heute vormittag, begleitet vom Reichswehrminister Dr. **Geßler,** mit dem fahrplanmäßigen Zuge 8.10 Uhr nach Bad Mergentheim begeben, um den zwischen Mergentheim und Tauberbischofsheim stattfindenden Manövern der 5. und 7. Division beizuwohnen. Die Rückkehr ist für Montag in Aussicht genommen.

Vom Bezirkskrankenhaus in St. Blasien. Die Stadtgemeinde St. Blasien hat jetzt das Bezirkskrankenhaus in St. Blasien erworben. Die Stadt ist verpflichtet, innerhalb zwei Jahren einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Anbau zu errichten, zu dessen Erstellung der Bürgerausschuß die Aufnahme eines Darlehens von 650 000 M. beschlossen hat. Sobald die ministerielle Genehmigung vorliegt, sollen die Vorarbeiten in die Wege geleitet werden.

Aus der Landeshauptstadt

Die Ausstellung von Stadterweiterungsplänen. Die vom 24. September bis 3. Oktober im kleinen Festhallesaal aus Anlaß des Besuches von Teilnehmern des Internationalen Wiener Städtebaukongresses veranstaltete Ausstellung will eine Übersicht über die von der Stadtverwaltung, insbesondere vom Tiefbauamt (Stadterweiterung), bisher für die Aufstellung eines Generalbebauungsplanes geleistete Planarbeit geben. Damit wird der Öffentlichkeit zum erstenmal die lange schon erwartete Gelegenheit geboten, mit der für die weitere bauliche Entwicklung der Stadt Karlsruhe so bedeutsame Frage auf Grund eines umfangreichen Materials sich eingehend zu beschäftigen.

Flugkabel Karlsruhe—Frankfurt a. M. Um die Weitergabe von Betriebs-Wetternachrichten von Flughafen zu Flughafen zu beschleunigen, was im Interesse der Sicherheit des Luftverkehrs von sehr wesentlicher Bedeutung ist, hat das Reichsverkehrsministerium von der Postverwaltung einzelne Adern in den Fernkabeln, die direkt Flugplatz mit Flugplatz verbinden, gemietet. Wohl als erste derartige Flugkabelverbindung wurde dieser Tage die **Linie Karlsruhe—Frankfurt a. M.** in Betrieb genommen. Die Leitung führt von der Flugwetterwarte am Flugplatz (die Flugleitung ist als Nebenstelle angeschlossen) direkt zur Flugwetterwarte Mannheim und von da über Flugplatz Darmstadt zur Funkstelle des Flughafens Frankfurt. Auf dieser direkten Leitung können nun alle Wetter- und Betriebsmeldungen raschestens übermittelt werden. Es ist nämlich vorgekommen, daß z. B. ein Flugzeug den Zielhafen erreichte, bevor die telephonische Startmeldung des Abflughafens eintraf, die die Maschine anmelden sollte. Auch sind Meldungen von gefahrdrohenden Erscheinungen wie Sturm, Nebel, Gewitter usw. zu spät am Starthafen eingetroffen.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 18.—28. September 1926

a.) Im Landestheater:

Samstag, 18 Sept.: ✱ A 1. Th.-Gem. 101—200. Neu einstudiert und neu ausgestattet: **Der Geizige.** Lustspiel von Molière. **Die Heirat wider Willen.** Komödie von Molière 8 bis n. 10¼ (5.—).

Sonntag, 19. Sept.: Vormittags: **Gedächtnisfeier für Ferdinand Wagner.** Mitwirkende: Magda Strack, Akademischer Musikdirektor Heinrich Cassmir, das Orchester und der Singchor des Bad. Landestheaters. 11¼—12½ (1.—)

Abends: ✱ B 1. Th.-Gem. 201—300. **Tannhäuser.** 6 bis g. 9¾ (7.—).

Dienstag, 21. Sept. ✱ C 1 Th.-Gem. 301—400. **Die Zauberflöte.** 7½—10½. (7.—)

Mittwoch, 22. Sept. ✱ E 1. Th.-Gem. II.S.-Gr. **Der Geizige, Die Heirat wider Willen.** 8 bis n. 10½ 5.—)

Donnerstag, 23. Sept. ✱ D 2. (Donerstagsmiete) Th-Gem. III. S.-Gr. **Ariadne auf Naxos.** 8—10 (6.—).

Freitag, 24. Sept. ✱ F 2 (Freitagsmiete) Th.-Gem. 401—500. Neu einstudiert und neu ausgestattet: **Falstaff** von Verdi. 7½ bis geg. 10 (7.—).

Samstag, 25. Sept. ✱ G 1 Th.-Gem. 501—600. Zum erstenmal: **Der Dieb.** Ein Stück in 3 Akten von Henry Bernstein. 7½ bis geg. 10 (5.).

Sonntag, 26. Sept. ✱ Außer Miete (Erstes Vorrecht Platzmiete A) **Martha oder: Der Markt zu Richmond.** 7—10. (7.—).

Montag, 27. Sept. ✱ Volksbühne 1. **Die Verschwörung des** Fiesco zu Genua. 7½—10¾ (5.—).

Der 4. Rang ist für den allgem. Verkauf freigehalten.

Dienstag, 28. Sept. ✱ A 2 Th.-Gem. 601—700. **Falstaff.** 7½ bis geg. 10 (7.—).

b) Im städt. Konzerthaus

Sonntag, 19. Sept.: ✱ Zum ersten Mal: **Der Retter.** Komödie von Wilhelm Mayer-Förster und Werner Bergengrün. 7½ bis 10 (4.—).

Sonntag, 26. Sept. ✱ **Der Retter.** 7½—10 (4.—).

Vorrecht. a) bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockheften jeweils ab Samstag nachmittags 3½ bis 5 Uhr.

b) für Vorstellungen außer Miete Vorrecht der Platzmieter mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9½—12 Uhr. — Die im Wochenspielplan genannte Mietabteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenverkauf. Vorverkaufskasse des Landestheaters, Fernspr. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, und Reisebüro Hermann Mehle, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Zigarenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48.

Der Mensch ohne Kunst

Bermerkenswerte Äußerungen über diesen Gegenstand finden sich in einem Aufsatze von **Graf Hermann Keyserling,** den wir im soeben erschienenen **Oktoberheft** der Darmstädter Kunstzeitschrift **„Deutsche Kunst und Dekoration"** lesen. Graf Keyserling stellt zunächst fest, daß der „in kunstschöner Umgebung Erwachsene regelmäßig dem aus kunstfremden Kreisen Stammenden an **Geschmack** von Hause aus überlegen ist, und sei dieser sonst noch so viel begabter". Dann fährt er fort: „Nun sind wohl alle darüber einig, daß der Mensch von ästhetischem Geschmack und Sinn dem Barbaren überlegen ist. Verkörpert Kultur überhaupt einen Wert, dann gilt dies auch von der künstlerischen. Und daraus folgt die heute allgemein anerkannte Forderung nicht nur geistiger, sondern künstlerischer Bildung für jeden einzelnen. Leider wird aber beinahe regelmäßig verkannt, wie solche zustandekommen kann. Die meisten wähnen, kunstgeschichtliche Kurse, Museenbesuch und die Ausbildung eigener Talente führten zum Ziel. Alle Erfahrung beweist aber, daß sie das nicht tun. Warum? Im Vorhergehenden ist die Antwort implizite schon enthalten. Künstlerische Kultur entsteht nicht durch bewußtes Lernen, sondern durch die unmittelbare Einwirkung ästhetischer Umwelt auf das Unbewußte. Nur deshalb ist der, welcher unter schönen Dingen, als unmittelbar zu ihm gehörig, aufwuchs, dem aus barbarischen Milieu Stammenden an ästhetischem Sinn regelmäßig überlegen. So hat denn künstlerische Kultur der heranwachsenden und kommenden Geschlechter anderes zur Voraussetzung, als die besten Bildungsmittel, die eine Behörde aushecken kann: **schöne Umwelten für die kleinen Kinder.** Sollen unsere Nachkommen ästhetisch höher stehen, als wir, dann müssen wir für künstlerische Heime sorgen, die auf das kindliche Unbewußte normbildend wirken."

Sehr bedeutsam sind nun die Folgerungen, die Keyserling aus diesem Sachverhalt gerade für das deutsche Volk zieht. Er meint, daß besonders die Deutschen das oben Gesagte beherzigen müßten, weil ihnen ein allgemeiner Mangel an „Sinn für Maß und Einklang" anhaftet. Dem hätte eine zielbewußte Kunstpflege heilsam entgegenzuarbeiten: „Worauf es ankommt, ist die Höherbildung des Durchschnitts und damit die Schaffung eines normalen höheren Kulturniveaus. Je höher dieses, desto höher kann der Begnadete seinerseits über dasselbe hinauswachsen. Die Kunstkreise Deutschlands wissen dies nun sehr wohl. Leider aber steht die große Masse noch auf dem Standpunkt, der Mangel an Formbegabung sei ein Vorzug, als Beweis von Tiefe, und der Deutsche solle sich ausschließlich der Ausbildung dieser widmen. Den so Denkenden sei denn das Folgende zur Erwägung empfohlen: **der Mensch ohne Kunst ist in höherem Sinn überhaupt kein Mensch.** Er ist nur dessen Urmaterie, das mütterliche Chaos. Was den Menschen zum Menschen macht im Gegensatz zum Tier, ist nämlich einzig sein Ethos. Ethos nun bedeutet in erster Linie nicht Moralität, sondern dynamisch Formgebung, statisch Haltung Bei der üblichen moralischen Bedeutung seines Begriffs handelt es sich um eine Sonderqualifikation: Erst muß Formensinn überhaupt da sein, erst dann kann er sich spezialisieren. Nun blicken des Menschen Augen nur nach auswärts; nur im Spiegel des anderen erkennt er sich selbst. Deshalb ist die äußere Form grundsätzlich die Vorbedingung sowohl als der nächste Weg zur inneren. Dies ist so sehr der Fall, daß man bei dem, der jene verachtet, sicher sein kann, daß es mit ihm innerlich nicht stimmt. Aus diesem Grund betrifft formale Bildung nicht die Oberfläche, sondern gerade die Tiefe. Sie ist der sicherste Weg zu jedem Ethos."

Wir halten es für sehr verdienstlich, daß Keyserling in diesen Schlußwendungen gerade das **ethisch** und **geistig Weittragende** der Form betont; in der Tat wissen nicht viele über diese wichtigen Zusammenhänge Bescheid. Unerschrocken zieht Keyserling die Konsequenz, die sich von hier aus für die Frage „Bedürfnislosigkeit oder Höherlegung des zivilisatorischen Durchschnitts?" ergibt: „Das Kulturniveau einer Gemeinschaft bemißt sich unmittelbar daran, wie hoch ihr normaler Lebensstandard ist. Der Mensch soll, in der Tat, nicht möglichst bedürfnislos sein, sondern möglichst edle Bedürfnisse haben in allen Hinsichten. Wie denn die Norm des souveränen Menschen nie „sich nach der Decke strecken" hieß, sondern: das zu gewinnen, wessen er zur **vollen** Entfaltung bedurfte."

Der übrige Inhalt des Heftes ist durchaus der besonderen Bedeutung würdig, die ihm als der Einleitung des **30. Jahrganges** der „Deutschen Kunst und Dekoration" zukommt. Über die Ausstellung der **Neuen Münchner Sezession** berichtet ein Artikel von Wilhelm Michel, der mit zahlreichen Illustrationen belegt ist; u. a. sind Karl Caspar, Edward Munch, Karl Hofer, Edwin Scharff, Adolf Schinnerer, Carl Mense, Schrimpf mit Proben ihrer Werke vertreten. Eine weitere Reihe von Abbildungen unterichtet über neueste **Schweizer Malerei.** Überraschend neuartige **Innenräume** von anziehend leichter und gefälliger Haltung werden alsdann vorgeführt, Schöpfungen des Architekten Prof. Paul Grießer. Es folgen eine Auswahl entzückender **venezianischer Gläser,** reizvoller **Wiener Keramiken, Emaillen,** neue **Bucheinbände** und **Edelmetallarbeiten** von Josef Hoffmann, kostbarer **Schmuck** von **Emil Lettré.** Den Schluß bildet eine **Gartengestaltung** der Züricher Gartenarchitekten **Otto Froebels Erben.** Im ganzen eine Fülle von fesselnden Leistungen, die mit einwandfreier Sachkunde gewählt und auf technisch vollendete Weise dargeboten sind. Preis des Heftes 2.50 M. Erhältlich durch alle Buchhandlungen sowie durch die Verlagsanstalt Alexander Koch G. m. b. H., Darmstadt.

Zeitschriftenschau

Prophetischer Kalender für das Jahr Deutscher Notwende 1927. Kosmosophisch-astrologischer Kalender für alle Stände und Kreise mit besonderen Ratschlägen für den Landmann, Gärtner und Förster. Herausgegeben von Leo Saltator unter Mitarbeit von **A. M. Grimm, Bad Tölz.** Der Kalender hat etwa 120 Seiten Umfang, ist auf gutem Papier gedruckt und mit 14 Holzstöcken aus dem Jahre 1523 geschmückt. Preis M. 1,80. „Kosmisches Schicksal kündet der Kalender dem deutschen Volke, das im Jahre 1927 eine große nationale Reformation erleben wird!" So heißt es in der Ankündigung des Verlages. (Verlag der Freude, Wolfenbüttel [Georg Koch und Paul Zieger].)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Entsprechend der raschen Entfernung des Luftwirbels ist nur vorübergehend wolkiges Wetter eingetreten. Die geringen Regenfälle beschränkten sich auf den Vormittag und waren auch nicht allgemein verbreitet; noch am Nachmittag setzte Aufheiterung ein. Das Temperaturmittel lag 2° über dem normalen Wert. Von Westen ist hoher Druck rasch nachgerückt. Er umfaßt heute Mitteleuropa mit einem Kern von 771 mm über Bayern. Die ersten Ausläufer des weit über den Ozean reichenden Tiefdruckgebietes haben ihren Einfluß bis über die Nordsee ausgedehnt; ein anderer reicht bis zur Biskaya. Es wird voraussichtlich eine rasche Verschiebung des Hochdruckgebietes erfolgen, so daß nur noch morgen mit heiterem, warmem Wetter zu rechnen ist. Die immer weiter nach Süden ausgreifenden Luftwirbel haben das bis noch vor kurzer Zeit weit nach Norden reichende Azoren-Hoch zurückgedrängt. Zunächst wird daher Westeuropa dem Tiefdruckeinfluß mehr als bisher preisgegeben und allmählich scheint sich ein Umschwung in der allgemeinen Wetterlage zu vollziehen. **Prognose:** Noch heiter, trocken, wärmer, früh vielfach neblig.

Verschiedenes

Der Mordprozeß Schröder

Im Laufe seiner Vernehmung vor dem Magdeburger Gericht erklärte am Donnerstag der Angeklagte **Schröder** auf Befragen des Vorsitzenden, er sei zu der Tat von keiner Seite angestiftet worden und habe sie allein begangen. Haas, Reuter und Fischer seien nicht daran beteiligt gewesen. Er sei auch von keinem der vernehmenden Beamten zu seiner Darstellung beeinflußt worden. Erst bei dem Besuch Hellings in Groß-Rottmersleben sei er auf den Gedanken gekommen, Helling zu erschießen, um sich des Geldes, das Helling bei sich führte, zu bemächtigen. Dann schildert er noch die Zerstückelung der Leiche Hellings unmittelbar nach der Tat. Die Tat tue ihm leid, aber eine tiefe Reue empfinde er nicht. Reue empfinde er höchstens wegen des Haas.

In der darauf eröffneten Beweisaufnahme sagte eine **Schwester** des ermordeten **Helling** aus, Helling sei von der Firma Haas mit der Begründung entlassen worden, daß für ihn keine Arbeit mehr vorhanden sei. Er habe sich die Entlassung sehr zu Herzen genommen und zu ihrem Schwager geäußert daß er gegen die Firma Anzeige erstattet habe.

Die Braut Schröders, Götze, bekundete u. a., am Mordtage habe Schröder sie aufgefordert, ihn allein zu lassen mit dem Herrn, der jetzt kommen würde, und hinzugefügt, jetzt müsse irgend etwas passieren. Nach einer ganzen Weile habe sie einen Schuß fallen hören. Schröder habe gesagt: Jetzt ist etwas passiert. Später habe er sie aufgefordert, ihm im Keller zu helfen, was sie auch getan habe. Sie wisse aber nicht, was sie angefaßt habe, weil sie sich die Schürze vor die Augen gehalten habe. Im Wohnzimmer habe auf dem Teppich eine dickflüssige, blutige Masse gelegen, die sie aufgewischt habe. Auf eine Frage des Oberstaatsanwaltes, ob sie den Mord nicht hätte verhindern können, sagte die Götze, sie habe ja nicht geahnt, daß Schröder ernst machen würde.

Deutsche Maßnahmen gegen Pesteinschleppung

Der Reichsminister des Innern hat verordnet, daß den aus **England** und besonders aus Liverpool kommenden Schiffen besondere Aufmerksamkeit in sanitärer Beziehung gewidmet wird. Dort sind vor einigen Tagen mehrere **Pestfälle** festgestellt worden, von denen einer bisher tödlich verlaufen ist. Nachdem bereits vor kurzem in Paris einige Erkrankungen an dieser Seuche konstatiert werden mußten, erscheint es angebracht, daß auch der entferntesten Möglichkeit des Übergreifens auf deutschen Boden von vornherein entgegengetreten wird.

Die Typhusepidemie in Hannover

WTB. Hannover, 17. Sept. (Tel.) Die Zahl der an Typhus Erkrankten belief sich heute vormittag auf 1414. **Todesfälle** sind 40 zu verzeichnen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. September Geld	17. September Brief	16. September Geld	16. September Brief
Amsterdam 100 G.	168.05	168.47	168.07	168.49
Kopenhagen 100 Kr.	111.43	111.71	111.43	111.71
Italien . . 100 L.	15.19	15.23	15.35	15.39
London . . 1 Pfd.	20.355	20.405	20.35	20.40
Newyork . . 1 D.	4.193	4.203	4.193	4.203
Paris . . 100 Fr.	11.81	11.85	11.93	11.97
Schweiz . 100 Fr.	81.03	81,23	81.04	81.24
Wien 100 Schilling	59.13	59.27	59.16	59.30
Prag . . 100 Kr.	12.418	12.458	12.418	12.458

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 14. September d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 d, bezw. für ein Gramm Feingold 32,7616 pence.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Das Tschechoslowakische Konsulat in Stuttgart.

Für die Dauer der Beurlaubung des Konsuls Dr. Emanuel Starnitzl ist die Verwaltung des Tschechoslowakischen Konsulats in Stuttgart dem Vizekonsul Dr. Jiri Zedwitz übertragen worden.

Karlsruhe, den 15. September 1926.

Badisches Staatsministerium
Trunk

Bekanntmachung

Die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber durch die Stadt Freiburg.

Der Stadt Freiburg ist durch Entschließung vom Heutigen im Einvernehmen mit den Ministerien der Finanzen und der Justiz die Genehmigung zur Ausgabe von zu 5 Proz. verzinslichen Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennwert von 900 000 RM.

— Neunhunderttausend Reichsmark —

sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinsscheine erteilt worden.

Karlsruhe, den 16. September 1926.

Der Minister des Innern.
J. A.: Scheffelmeier

Die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber durch die Stadt Heidelberg.

Der Stadt Heidelberg ist durch Entschließung vom Heutigen im Einvernehmen mit den Ministerien der Finanzen und der Justiz die Genehmigung zur Ausgabe von zu 5 Proz. verzinslichen Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennwert von 2 250 000 RM.

- Zwei Millionen Zweihundert Fünfzig Tausend Reichsmark -

sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinsscheine erteilt worden.

Karlsruhe, den 16. September 1926.

Der Minister des Innern.
J. A.: Scheffelmeier

Bekanntmachung
(vom 16. September 1926).
Bekämpfung der Tollwut der Hunde.

Das mit Bekanntmachung vom 30. Mai 1924 (Staatsanzeiger 1924 Nr. 127) erlassene Verbot der Abhaltung von Hundemärkten, Hundeschauen und ähnlichen Veranstaltungen wird hiermit zurückgenommen.

Karlsruhe, den 16. September 1926.

Der Minister des Innern.
Remmele

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig angestellt:

als Verwaltungsobersekretäre: die Verwaltungspraktikanten Fritz **Farrenkopf** beim Bezirksamt Neustadt, Philipp **Neubrand** beim Bezirksamt Heidelberg, Karl **Hanloser** beim Bezirksamt Waldshut, Eugen **Albrecht** beim Bezirksamt Waldshut, Franz **Schmidt** beim Bezirksamt Karlsruhe, Max **Engler** beim Bezirksamt Donaueschingen, Eugen **Blum** beim Bezirksamt Villingen, Friedrich **Grether** beim Bezirksamt Pforzheim, Kurt **Ecke** beim Bezirksamt Pforzheim, Heinrich **Dörr** beim Bezirksamt Neustadt, Karl **Zipf** beim Bezirksamt Buchen, Friedrich **Huhn** beim Bezirksamt Karlsruhe, Erwin **Leix** beim Bezirksamt Mannheim, Fritz **Weigold** beim Bezirksamt Mannheim, Georg **Jenne** beim Bezirksamt Waldshut.

Ernannt:

zu Verwaltungsinspektoren: die Verwaltungsobersekretäre Simon **Heng** beim Bezirksamt Meßkirch, Heinrich **Frey** beim Bezirksamt Mannheim, Karl **Rottermann** beim Bezirksamt Lörrach, Karl **Herold** beim Landeskommissär in Freiburg, Otto **Schwab** beim Bezirksamt Freiburg, Jakob **Rößner** beim Bezirksamt Tauberbischofsheim, Edwin **Stark** beim Bezirksamt Überlingen, Theodor **Heid** beim Bezirksamt Heidelberg, Franz **Steiert** beim Bezirksamt Mannheim, Stefan **Matt** beim Bezirksamt Freiburg, Hans **Beger** beim Bezirksamt Schopfheim, Wilhelm **Schneyß** beim Bezirksamt Emmendingen, Berthold **von Briel** beim Bezirksamt Überlingen, Albert **Bihl** beim Bezirksamt Lörrach, Heinrich **Göltz** bei der Zweigstelle Achern des Bezirksamts Bühl.

Die Amtsbezeichnung **Verwaltungsinspektor** führen die Verwaltungsobersekretäre Alfred **Thoma** beim Bezirksamt Säckingen, Johann **Rausch** bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch, Eugen **Faller** beim Bezirksamt Pfullendorf, Ludwig **Haßlinger** beim Bezirksamt Säckingen, Ludwig **Müller** beim Bezirksamt Neustadt, Karl **Held** beim Bezirksamt Karlsruhe, Walter **Hügin** beim Bezirksamt Mannheim, Friedrich **Weisbrod** beim Bezirksamt Mannheim, Otto **Merkel** beim Bezirksamt Mannheim, Alfred **Ehret** beim Bezirksamt Freiburg, Emil **Müller** bei der Polizeidirektion Baden, Wilhelm **Echner** beim Bezirksamt Mosbach, Wilhelm **Götz** beim Bezirksamt Lörrach, Bernhard **Bolz** beim Bezirksamt Rastatt, Wilhelm **Kalfas** beim Bezirksamt Offenburg, Otto **Dux** beim Bezirksamt Freiburg, Rupert **Mauch** beim Bezirksamt Oberkirch, Heinrich **Zöbeley** beim Bezirksamt Mannheim, Karl **Werrer** beim Bezirksamt Sinsheim, Adolf **Edelmann** beim Bezirksamt Mannheim, August **Wittenauer** beim Bezirksamt Mannheim, Leopold **Kaiser** beim Bezirksamt Stockach, Gustav **Kiefer** beim Bezirksamt Karlsruhe, Florian **Werr** beim Bezirksamt Tauberbischofsheim, Karl **Ehret** beim Bezirksamt Freiburg, Konrad **Maier** beim Bezirksamt Staufen, Georg **Treusch** beim Bezirksamt Mannheim, Adolf **Villinger** beim Bezirksamt Karlsruhe.

Versetzt:

Revisionsinspektor Ludwig **Pahl** in Wertheim zum Bezirksamt Bruchsal.

Justizministerium

Ernannt:

Unterlehrer Alfred **Späth** beim Erziehungsheim Schloß Stutensee zum Hauptlehrer, Amtsgehilfe Eugen **Rupp** beim Landgericht Mosbach zum Hausmeister.

Versetzt:

Die Justizobersekretäre Josef **Spiegelhalder** beim Justizministerium zum Amtsgericht Konstanz, Ernst **Laber** beim Amtsgericht Konstanz zum Amtsgericht Lörrach, Rudolf **Altenau** beim Amtsgericht Lörrach zur Staatsanwaltschaft daselbst; die Justizassistenten Nikolaus **Kirschner** beim Notariat Mannheim zum Notariat Säckingen und Albert **Bell** beim Amtsgericht Pforzheim zum Notariat Mannheim, Hausmeister Jakob **Henkenhaf** beim Notariat Pforzheim zur Staatsanwaltschaft daselbst, Aufseher Josef **Braun** beim Männerzuchthaus Bruchsal zum Jugendgefängnis daselbst.

Gestorben:

Polizeiwachtmeister Theodor **Imhof** in Karlsruhe.

Sind Sie Sportsmann?

Dann müssen Sie unbedingt das Buch

Jiu-Jitsu und Boxen

besitzen

Zu beziehen gegen Einsendung von nur 1 RM. von der Versand-Abteilung

Deutscher Polizei-Verlag Lübeck

Postfach 474

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr F.658

Die große Revue

Was Frauen träumen

H.650. **Durlach.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Holzhändlers **Wilhelm Koch** in Durlach ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters und Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf **Donnerstag, den 14. Oktober 1926, nachm. 4 Uhr,** in das Amtsgerichtsgebäude Durlach, II. Stock, Zimmer Nr. 22 bestimmt.

Durlach, den 11. September 1926. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts** II.

H.649. **Bruchsal.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Wilhelm Koch,** Hotelier in Bruchsal, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf: **Dienstag, den 28. September 1926, vormittags 11½ Uhr,** in das Amtsgericht Bruchsal, II. Stock, Zimmer Nr. 16.

Bruchsal, 11. Sept. 1926. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

Aufgebot.

H.653. **Lörrach.** Die **Anna Maria Glattacker geb. Kurz** in Leopoldshöhe hat beantragt, den verschollenen **Johannes Glattacker,** geboren am 2. April 1896 in Weil, zuletzt wohnhaft in Weil, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Freitag, den 22. Oktober 1926, vormittags 10 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gerichte Anzeige zu machen. Lörrach, den 13. September 1926. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

Bruchsal. H.639 Ins Vereinsregister Bd. I O.-Z. 51 wurde eingetragen: **Verein der Benediktiner auf dem St. Michaelsberg** bei Untergrombach. Sitz des Vereins ist der St. Michaelsberg (A. Bruchsal).

Bruchsal, 6. Aug. 1926. **Bad. Amtsgericht.**

Durlach. Güterrechtsregister., Eingetragen am 14. 9. 1926: **Scherer,** Eugen, Weinhändler in Durlach, u. Anna Auguste Hulda Roß Wwe. geb. Kirberg. Vertrag vom 27. 8. 1926. Gütertrennung. **Amtsgericht.** H.651

Schwetzingen. H.646 Güterrechtsregisterein trag Band II Seite 468: **Schnabel,** Johann Konrad, Fabrikarbeiter in Schwetzingen, und Margaretha geb. Gärtner. Vertrag vom 6. September 1926. — Gütertrennung —.

Schwetzingen, 14. 9. 1926. **Bad. Amtsgericht I.**

Badisches Landestheater

Samstag, den 18. Sept. 1926
* Platzmiete A 1
Th.-Gem. 101—200
Neu einstudiert und neu ausgestattet

Der Geizige

von Molière
Übersetzt von Ludwig Fulda
In Szene ges. v. F. Baumbach

Harpagon	v. d. Trenck
Cleant	Leitgeb
Elise	Rademacher
Anselm	Hofbauer
Valer	Kloeble
Mariane	Moest
Frosine	Noorman
Simon	Schneider
La Flèche	Brand
Jacques	Herz
Magd	Genter
Polizeikommissär	Bocks

Neu einstudiert und neu ausgestattet

Die Heirat wider Willen

von Molière
übersetzt von Hugo von Hoffmannsthal
In Szene ges. v. F. Baumbach

Sganarell	Müller
Geronimo	Prüter
Dorimene	Clement
Alcantor	Hofbauer
Alcidas	Dahlen
Lykast	Kloeble
Pancrazio	Höcker
Marforio	Gemmecke
Zigeunerinnen	Albrecht, Noorman

Anfang 8 Ende nach 10¼
Sperrsitz I M. 5.—

Anläßlich der Karlsruher Herbsttage 1926: Festwoche des Bad. Landestheaters vom 3.—10. Oktober 1926.

Heirat.

Gutsbesitzertochter, 21 J. alt, mit 820 Morgen groß. Gut u. 360 000 GM. Vermög. wünscht sich mit solidem, strebsamen Herrn auch ohne Vermögen zu verheiraten durch Frau Sander, Berlin C. 25.

Wichtig für Gemeinden.

Zuchtfarrenverkauf.

Erstklassige Simmentaler Zuchtfarren, sprungfähig, mit prima Abstammung, sind zu verkaufen bei Carl Dietrichs, z. Löwen, Nonnenweier, Amt Lahr. Autoverbindung bei K. Vollmer, z. Löwen, Dinglingen. 1 Min. von der Bahn.

Druck G. Braun, Karlsruhe